

# Liechtensteiner Volksblatt

Adresse: Feldkircher Strasse 5, 9494 Schaan

Telefon (075) 232 42 42

Fax Redaktion (075) 232 29 12

Fax Inserate (075) 232 95 46

Amtliches Publikationsorgan

80 Rp.

## AKTUELL



### Cottier auf dem Weg zum CVP-Präsidium

Bern (AP) Der 50jährige Freiburger Ständerat Anton Cottier (Bild) ist einstimmig zum Kandidaten für das CVP-Präsidium nominiert worden. Der amtierende Vizepräsident habe im Rahmen seiner bisherigen politischen Arbeit seine Fähigkeiten bewiesen, sagte Nationalrat Fulvio Caccia, Präsident der partei-internen Arbeitsgruppe zur Vorbereitung der Ersatzwahl. Cottier war der einzige Kandidat.

Caccia bezeichnete Cottier als «echten» CVP-Politiker, der sich für die wichtigen Werte wie die Familie einsetze und offen sei für die Herausforderungen der Gegenwart und der Zukunft. Die Mitglieder des Präsidiums und des Vorstands der Christlichdemokratischen Volkspartei (CVP) der Schweiz wählten Cottier am Montag, nachdem sich weitere Kandidatinnen und Kandidaten wie die Luzerner Nationalrätin Judith Stamm, der Nidwaldner Nationalrat Joseph Iten oder die Solothurner Ständerätin Rosmarie Simmen nach Gesprächen nicht für eine Kandidatur zur Verfügung gestellt hatten.

### Moskau weist amerikanischen Diplomaten aus

Moskau (AP) Offenbar als Vergeltung für die Ausweisung des ranghöchsten Geheimdienstoffiziers der russischen Botschaft in Washington, Alexander Lysenko, hat Russland am Montag einen amerikanischen Diplomaten in Moskau zum Verlassen des Landes aufgefordert. Die Nachrichtenagentur Interfax gab den Namen des Betroffenen lediglich mit Morris an. Lysenko war am Freitagabend als Reaktion auf die Enttarnung des Topspions Aldrich Ames aus den Vereinigten Staaten ausgewiesen worden. Ames, einstiger Leiter der Osteuropaabteilung beim amerikanischen Geheimdienst CIA, hatte seit 1985 für die Sowjetunion und später für Russland spioniert. Er war vorige Woche zusammen mit seiner Frau in Haft genommen worden.

### Schweiz unterzeichnet Anti-Folter-Protokolle

Bern (AP) Die Schweiz unterzeichnet zwei Protokolle zur Europäischen Konvention zur Verhütung von Folter und unmenschlicher Behandlung oder Strafe. Die Protokolle ermöglichen den Beitritt von Staaten, die nicht im Europarat vertreten sind, sowie die zweimalige Wiederwahl von Mitgliedern des Europäischen Komitees zur Verhütung von Folter, wie das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) am Montag mitteilte. Gemäss dem Beschluss des Bundesrates hat der ständige Vertreter der Schweiz beim Europarat den Ratifikationsvorbehalt zu unterschreiben, da sie keiner Zustimmung durch die Bundesversammlung bedürften.

## Kein Öko-Bonus in Zukunft?

Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer – Aber nur für Budgetsanierung

(G. M.) – Seit Jahren beschäftigen sich Landtag und Regierung mit dem Problem der Motorfahrzeugsteuern. Der Landtag hatte der Regierung signalisiert, offen für neue Systeme der Besteuerung zu sein, auch die Frage eines Öko-Bonus-Systems für die Zukunft zu überprüfen. Die Regierung konnte sich nicht mit einem Systemwechsel anfreunden: Die Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer soll allein der Sanierung der Staatsfinanzen dienen.

Die vorherige VU-Regierung hatte für den Bereich der Staatsfinanzen die stereotype Antwort bereit, dass die Finanzlage des Staates hervorragend sei, enorme Reserven angehäuft werden könnten und keine Probleme für die Sicherung des Finanzhaushalts bestehen würden. Die jetzige VU-Mehrheitsregierung gibt sich, nachdem bereits zwei Steuererhöhungen dem Landtag unterbreitet wurden, etwas offener. Im Zusammenhang mit der Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer um 20 % hielt sie in einem Bericht an den Landtag fest: «Diese Motorfahrzeugsteuer-Anpassung mit Inkrafttreten auf den 1. Januar 1994 stellt nach Ansicht der Regierung einen wichtigen Beitrag zur Budgetsanierung dar.»

Offensichtlich geht es der Regierung allein um die Sanierung der Finanzlage des Staates, nicht um eine Besteuerung

der Motorfahrzeuge nach einem modernen, nach dem Verursacherprinzip ausgerichteten System. Die bisherigen Modelle, die für die Erhebung einer fahrleistungsabhängigen Steuer in Frage kommen könnten, wurden von der Regierung als nicht praktikabel bezeichnet, ein vom FL-Abgeordneten Paul Vogt unterbreiteter Vorschlag über eine Selbstdeklaration nach gefahrenen Kilometern, wie das der FBP-Abgeordnete Johann Kinde schon vor einigen Jahren forderte, stiess auf weitgehend taube Ohren. Die Einnahmenbeschaffung steht vorerst im Vordergrund, der sich nach dem Gebaren der Regierung alle anderen Vorstellungen unterzuordnen haben.

In anderen Staaten wird nicht nur über die Einführung eines Öko-Bonus-Systems diskutiert, sondern auch über die Problematik der Selbstprüfung des Motorfahrzeugverkehrs. Bevor weitere Forderungen nach Erhöhung der Motorfahrzeugsteuer erhoben werden, sollten in unserem Land ebenfalls diesbezügliche Rechnungen angestellt werden. Decken die Einnahmen aus den Abgaben für die Motorfahrzeuge die Kosten für den Strassenbau und den Strassenunterhalt? Welche Kosten können dem Motorfahrzeugverkehr noch angelastet werden?

## Wer führt die Aussenpolitik?

Erwartungen des Landtags an die EWR-Information nicht erfüllt

(G. M.) – Die derzeitige Regierung, erklärte Regierungsrat Dr. Michael Ritter den verdutzten Abgeordneten bei der Behandlung des neuesten EWR-Berichtes im Landtag, verfüge eigentlich über fünf Aussenminister, nicht nur über drei. Die Diskussion über den EWR-Bericht bestritten zwar nur die drei VU-Aussenminister, doch Zufriedenheit über die erhaltenen Informationen machte sich im Landtag dennoch nicht breit.

Wer führt die Aussenpolitik? Diese Kernfrage konnte die Regierung im Landtag nicht schlüssig beantworten, weil sich letztlich drei Regierungsmitglieder um die Erläuterung der gegenwärtigen Europapolitik kümmerten, und dabei teilweise das Parlament mit wenig sachdienlichen, aber polemischen Äusserungen vor den Kopf stiessen. Dass sich Regierungsrätin Dr. Andrea Willi, zuständig für das Ressort Äusseres, beim Landtag entschuldigte, darf als bezeichnendes Eingeständnis gewertet werden. Dass nur sie sich entschuldigte, ist ebenso bezeichnend.

Die Summe der Erklärungen von Regierung und Landtag vermochte nicht den Eindruck zu erwecken,

dass die Aussenpolitik in fester Hand ist. Möglicherweise wurde dieser Eindruck noch durch den Umstand verschärft, dass sich die Weichenstellung gegenüber der Schweiz und gegenüber Europa in einer entscheidenden Phase befindet. «Positive Signale aus Brüssel» erhalten zu haben, wurde beinahe zum geflügelten Wort in der EWR-Debatte, doch vermochten die sich für die Aussenpolitik zuständig erklärenden Regierungsmitglieder nicht erklären, welchen Stellenwert diese «Signale» in realistischer Hinsicht der Lage tatsächlich haben.

Offen blieb in diesem Zusammenhang auch die Frage des FBP-Abgeordneten Dr. Guido Brühl, ob «die positiven Signale» in Brüssel bei einem Cocktail-Gespräch aufgefangen wurden oder ob es sich um wirkliche diplomatische Noten handle.

Wenig Substanz für die Parlamentarier hatte offensichtlich auch die Bemerkung von Aussenministerin Dr. Andrea Willi, die davon sprach, man habe es im Moment mit «Impoderabilien» zu tun, so dass man nicht konkret sagen könne, wie sich Brüssel zur Lösungsplattform äussere.

## FBP für zukunftsgerichtete Steuerlösungen

Keine isolierte Anhebung der besonderen Gesellschaftsteuer – Rücksicht auf Finanzplatz

(G. M.) – Der einfache Weg scheint nicht immer der beste zu sein. Diese Erkenntnis musste die Regierung machen, die dem Landtag im vergangenen Dezember eine Vorlage zur Anhebung der besonderen Gesellschaftsteuer unterbreitete, was der Landtag jedoch mit knapper Mehrheit abwies. Um die Diskussion auf ein höheres Niveau zu heben, reichte die FBP-Fraktion im Landtag ein Postulat über eine «Paketlösung» ein.

Die Regierung wird zur Überprüfung der Frage aufgefordert, wie weit die geplante Erhöhung der besonderen Gesellschaftsteuer im Gesamtrahmen des Finanzdienstleistungssektors betrachtet werden kann. Die auch an die Öffentlichkeit getragene Diskussion über diese Steuererhöhung, die von der Regierung ohne das übliche Vernehmlassungsverfahren und ohne Möglichkeit für ein Referendum durchgeführt werden sollte, könnte mit der Forderung nach einer «Paketlösung» von der reinen betragsmässigen Steuererhöhung weggeführt werden.

Auch dem Finanzdienstleistungssektor fällt es schwer, eine stichhaltige Begrün-

dung abzugeben, dass eine Erhöhung der Mindeststeuer für die Sitz- und Holdinggesellschaften um einen Fünftel einen schweren, gar untragbaren Eingriff in die Dienstleistungsbranche darstelle. Doch ist es nicht diese Einzelmassnahme, die dem Finanzdienstleistungssektor die beschworenen Schwierigkeiten bereiten könnte, sondern bestehende Besonderheiten und künftige weitere Belastungen, die in absehbarer Zeit hinzukommen werden: Zum einen besteht immer noch die Couponsteuer, die anderswo nicht eingehoben wird, zum anderen die geplante Einführung der Mehrwertsteuer, die in Zukunft mit grosser Wahrscheinlichkeit auch die Dienstleistungen umfassen wird.

Aus Finanzdienstleistungskreisen ist der Versuch unternommen worden, die Abhängigkeiten von ausländischem Kapital als Risiko für den Staat darzustellen. Dass Liechtenstein auch dank den Sitz- und Holdinggesellschaften zu Wohlstand gelangte, scheint vielen klar zu sein, obschon die Angaben des Rechtsanwaltsverbandes, wonach mehr als die Hälfte des Bruttonationalprodukts und rund 60 % des Steueraufkom-

mens im Finanzdienstleistungssektor erwirtschaftet werden, noch nicht zum Allgemeingut geworden sind. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, dass wohl schon während Jahren eine Untersuchung über die volkswirtschaftliche Bedeutung des Finanzdienstleistungssektors gefordert wird, aber bislang noch nicht durchgeführt oder zumindest nicht veröffentlicht wurde.

Die Forderung des FBP-Postulates, nicht allein eine isolierte Steuererhöhung in einem international sensiblen Bereich vorzunehmen, sondern eine Gesamtlösung unter Berücksichtigung möglichst vieler Faktoren kommt diesem Anliegen entgegen. Wenn sich die Regierung mit der beantragten «Paketlösung» beschäftigt, wird sie sich nicht mehr auf die besondere Gesellschaftsteuer allein konzentrieren können, sondern auch andere Modelle studieren müssen.

«Wir wollen keine Verhinderung von Steuererhöhungen», erklärte Landtagsvizepräsident Otmar Hasler bei der Überweisung des Postulates, «sondern zukunftsgerichtete Modelle und Lösungen.»

## Bundesrat will mit Sparen ernst machen

Bern (AP) Angesichts des Milliarden-Lochs in der Bundeskasse nimmt der Bundesrat den Rotstift fester in die Hand. Die Landesregierung beschloss am Montag ein Ausgabenmoratorium und setzte engere Leitplanken für die Budget- und Finanzplanung. Die Sorge um die Finanzen motivierte auch das Nein des Bundesrats zur Aufstockung des Investitionsbonus.

Die finanzpolitischen Weisungen betreffen den Vollzug des Voranschlags für das laufende Jahr und des Finanzplans 1995 bis 1997 sowie die Budgetplanung für nächstes Jahr. Wie das Eidgenössische Finanzdepartement (EFD) mitteilte, sind strenge Vorgaben für Budgetierung und Finanzplanung angesichts der strukturellen Defizite von mindestens vier Milliarden Franken im Jahr unumgänglich. Der Bundesrat will mit den Massnahmen zudem dem Sparauftrag des Parlaments nachkommen.

Bis zur Bereinigung des Budgets für das kommende Jahr und des dritten Sanierungspaketes gilt ein Ausgabenmoratorium.

Mehr über die Sparmassnahmen der Schweiz auf Seite 3.

## Äusserst hartes Ringen um Beitritt zur Europäischen Union

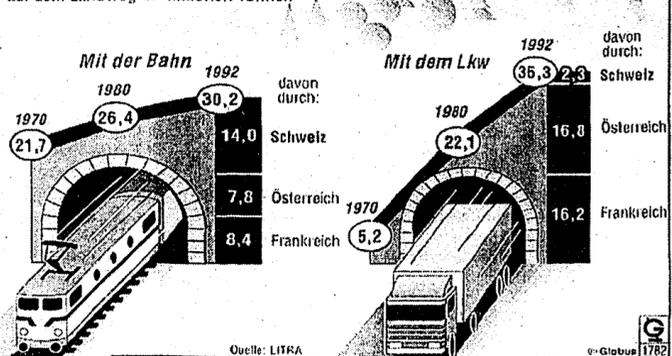
Bonn als Anwalt der Beitrittsländer – EU-Partner zu mehr Konzessionen aufgefordert – Kein Abschluss der Verhandlungen ohne Österreich

Brüssel (AP) Nur Stunden vor Ablauf der Mitternachtsfrist haben am Montag die Aussenminister der Europäischen Union und der vier EU-Kandidaten Österreich, Norwegen, Schweden und Finnland weiter um einen Kompromiss über die Beitrittsbedingungen gerungen. Als Anwalt der Beitrittsländer drängte Deutschland dabei seine EU-Partner zu mehr Konzessionsbereitschaft. Bei einem Scheitern der Verhandlungen seien die Folgen auch für das Binahenverhältnis der Gemeinschaft unannehmbar, sagte Bundesausserminister Klaus Kinkel vor Journalisten.

Den angesichts der schwierigen österreichischen und norwegischen Sonderprobleme von mehreren Ministern schon am Sonntag vorgeschlagenen Weg eines Aufschürens des Beitrittspaketes verwarf Kinkel entschieden. Es sei für Deutschland von grundsätzlicher Bedeutung, mit allen vier Kandidaten gleich-

### Der Alpen-Transit

Gütertransport zwischen Norddeutschland und Italien auf dem Landweg in Millionen Tonnen



Als einer der schwierigsten Verhandlungen gestaltete sich die Frage nach dem Alpen-Transit für Lastwagen.

zeitig zu einer Einigung zu kommen, sagte er. Insbesondere sei es aus Bonner Sicht nicht vorstellbar, etwa mit Schweden und Finnland zu einem Abschluss zu kommen und Österreich dabei vor der Tür zu lassen.

Die EU-Erweiterung werde die politische Basis und Rolle der Union als Stabilitätsanker verstärken und ihre finanzielle und wirtschaftliche Potenz erhöhen, sagte Kinkel. Auch werde die Aufnahme Österreichs und der drei skandinavischen Staaten zu einer insgesamt besser ausbalancierten Union führen.

Die Bundesregierung halte an dem Ziel fest, mit allen vier Ländern bis Montag 24.00 Uhr ein Beitrittspaket zu vereinbaren. Bundeskanzler Helmut Kohl habe sich bei Telefonkontakten mit europäischen Regierungschefs für einen raschen Abschluss der Verhandlungen eingesetzt.